

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG MITWOCHE, 10.03.2010
603531 / NR. 48 / PREIS 2,10 €

Staatsanleihen: Portugal will heute neue Anleihen ausgeben. Weitere Sparmaßnahmen sollen zudem Investoren beruhigen.

Munich Re: Der Rückversicherer legt seine Bilanz vor.

handelsblatt.com



DER ÖKONOMISCHE GASTKOMMENTAR

Der Staat kann den Wohlstand gezielt fördern

Die Aussichten der entwickelten Industrieländer bleiben auf mittlere Sicht düster, auch wenn es hier und da Lichtblicke gibt. Daher sind politische Vorschläge, die für eine Verbesserung sorgen könnten, sehr willkommen. Vor einem Jahr hat das „Center on Capitalism and Society“ der Columbia-Universität in New York Vorschläge gemacht, um unsere Volkswirtschaften robuster gegen finanzielle Schocks zu machen: eine kleine Steuer auf kurzfristige Bankverbindlichkeiten, um das Volumen der kurzfristigen Refinanzierung einzuschränken; den Aufbau einer neuen Art von Banken, die innovative Projekte finanzieren; die Schaffung einer Regulierungsbehörde, die bei drastischen Preisentwicklungen auf den Kapitalmärkten eingreift.

Im vergangenen Dezember hat das „Center“ in Berlin nach Wegen gesucht, das Wohlstandsniveau der Industrieländer zu erhöhen - unter der Überschrift „New normal“. Mit „Wohlstand“ meinen wir hohe Beschäftigungsraten in guten Arbeitsstellen. Gute Jobs sollten dabei gut bezahlt sein und den Leuten die Chance bieten zu lernen, Neues zu entdecken und zu schaffen, und sie sollten anregend sein und der Selbstverwirklichung dienen. Um diese Art von Wohlstand zu schaffen, muss die Volkswirtschaft im besten Sinne dynamisch sein - also die Fähigkeit und die Neigung zu echten Innovationen fördern. Damit dieser Wohlstand eine breite Basis bekommt, muss die Volkswirtschaft einen entsprechend breiten Zugang zu diesen guten Jobs bieten.

Eines der größten Probleme der heutigen wirtschaftlichen Depression besteht darin, dass der Zugang zu guten Jobs stark eingeschränkt worden ist. Mehrere Industrienationen haben sich praktisch in zwei Klassen aufgespalten - auf der einen Seite eine erfolgreiche Elite und auf der anderen Seite Leute in Jobs, die mehr und mehr überflüssig werden. Möglicherweise wird die Situa-



Edmund Phelps

Wir dürfen nicht eine ganze Generation von jungen Leuten durch eine lang anhaltende Arbeitslosigkeit verlieren

tion noch schlechter: Es gibt Grund zu der Befürchtung, dass die wirtschaftliche Dynamik auf lange Sicht abnimmt. In den USA stagnieren Branchen, die einst als hochinnovativ galten, oder sie schrumpfen sogar; und die Investitionen der Unternehmen bewegen sich auf dem niedrigsten Niveau seit dem Krieg.

Aber die schwache Vorstellung des pervertierten Kapitalismus der letzten zehn Jahre ist kein Grund, vom Ideal eines gut funktionierenden Kapitalismus mit einer Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten abzurücken. Wir müssen das System reformieren und, wo nötig, restrukturieren, um die Dynamik wiederzugewinnen. Die Wirtschaftspolitik nach der Krise sollte daher das Finanzsystem und zugleich das gesamte Geschäftsleben neu strukturieren. Weil das allein nicht ausreicht, um die breite Bevölkerung zu erreichen, müssen auch die Arbeitsmärkte und Steuern und Subventionen neu ausgerichtet werden.

Die Konferenzteilnehmer in Berlin waren sich einig, dass das Augenmerk nach der Krise auf der Angebotsseite liegen sollte;

die Nachfrageseite war das Thema für das unmittelbare Krisenmanagement. Wir brauchen ein Finanzsystem, das Innovationen und gute Jobs fördert. Und wir brauchen finanzielle Anreize, um Leute aus der Armut und arbeitslose Jugendliche in Jobs zu bekommen. Wir können uns nicht leisten, eine junge Generation durch eine lang anhaltende Arbeitslosigkeit zu verlieren.

Wir wissen, dass es jetzt weniger Arbeit gibt. Aber Geld- und Finanzpolitiker sollten nicht versuchen, hier mit leichtem Geld und großzügiger Verschuldung wieder das kreditgetriebene Niveau des Booms vor der Krise zu erreichen, das zu schön war, um wahr zu sein. Starke Verschuldung erschöpft die Kapazitäten des Staates und führt am Ende zu Zahlungsunfähigkeit oder Währungsverfall. Stattdessen sollte der Staat nur sehr gezielt die Beschäftigung fördern, vor allem die von jungen Arbeitern, deren Jobs gefährdet sind. Dies kann durch Zuschüsse zu niedrigen Löhnen geschehen.

Die kurzfristigen finanzpolitischen Impulse sollten jetzt auslaufen, und mittelfristig sollte die Regierung ihre Ausgaben mäßigen. Um den Wohlstand auch langfristig zu erhöhen, bietet sich eine Kombination aus einer zeitweiligen Stundung der Lohnsteuer und einer schrittweisen Anhebung des Rentenalters an.

Internationale Regulation und Aufsicht, die der Stabilität der Finanzbranche dienen, schaden weder der Effizienz noch der Innovation. Im Gegenteil, die Krise hat gezeigt, dass regulatorische Reformen mit einer Anbindung an volkswirtschaftliche Perspektiven dem Wachstum dienen. Denn die Vorteile daraus, dass eine Bankenkrise unwahrscheinlicher wird, überwiegen den Effekt höherer Kreditstandards. Aber die Regulatoren, die in der Krise versagt haben, sollten diese Reformen nicht durchführen.

Der Autor ist Direktor des Center on Capitalism and Society. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

FINANZEN

Bundesbank weicht ab vom harten Kurs bei griechischen Anleihen
Seiten 2, 6, 7

BANKEN

Finanzaufsicht rügt HVB für mangelhafte Liquiditätssteuerung
Seiten 2, 10

UNTERNEHMEN

Wirtschaft leidet unter Rekordzahl von Pleiten und überlangen Insolvenzverfahren
Seiten 3, 22

POLITIK

EU will Internetprovider für Produktpiraten in Haftung nehmen
Seite 14

DOW JONES	DAX	EURO
10564,38 +0,11%	5885,89 +0,17%	1,36025 -0,235%
EU-STOXX 50	BUND 10J.	GOLD
2880,71 +0,05%	3,132% -1,04%	1120,25 -0,303%

Stand: 22:15 Uhr

EDMUND PHELPS
Reform gefragt
Der Nobelpreisträger macht Vorschläge für eine Förderung des Wohlstands
SEITE 9

Handelsblatt GmbH Abonnementenservice
Tel. 0180 599 00 10 (0,14 €/Min. dt. Festnetz; ggf. Abw. bei Mobilfunk); Fax 0211 887 3605; hb.aboservice@vvhb.de
Belgien 2,70 € Frankreich 3,20 € Großbritannien 2,80 GBP
Luxemburg 2,70 € Niederlande 2,70 € Österreich 2,70 €
Polen 17,50 PLN Schweiz 4,80 CHF Tschechien 110 CSK
Ungarn 900 FT Slowakei 2,70 €

Handelsblatt
10.03.10